Appenzeller Volksfreund

Innerrhoder Zeitung — Oberegger Anzeiger — *Amtliches Publikationsorgan*

Abonnementspreise: Schweiz jährlich Fr. 112.—, halbjährlich Fr. 60.—, vierteljährlich Fr. 33.—. Ausland (Zusendung einmal wöchentlich) mit entsprechendem Postzuschlag. – Beilage: Appezöller Buur (vierzehntäglich). – Verlag: Druckerei Appenzeller Volksfreund, 9050 Appenzell, Tel. (071) 87 19 22 – Fax (071) 87 37 53 – Postcheck 90-2816-2 – Einzelnummer 90 Rp.

Inseratenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile (25,5 mm breit) 52 Rp., Reklame einspaltig (54 mm) Fr. 1.75/mm, Reklame einspaltig 1. Seite Fr. 2.20/mm netto, Plazierungsvorschriften 20% Zuschlag, Farben auf Anfrage, Chiffregebühr Fr. 10—. Inserate: ofa Orell Füssli Werbe AG, 9050 Appenzell, Tel. (071) 87 33 88, Fax (071) 87 37 53, sowie alle ofa-Geschäftsstellen.

AZ Appenzell, Montag, 1. Mai 1989 — Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag — 114. Jahrgang Nummer 69

Mittelmässig besuchte Landsgemeinde in Appenzell — Alle Sachgeschäfte gutgeheissen

Knappe Zustimmung zum «Bleiche»-Neubau

JOSEF FRITSCHE

Der kantonale Werkhof auf der «Bleiche» in Appenzell kann neu gebaut werden: An der Innerrhoder Landsgemeinde in Appenzell wurde am Sonntag ein 2,5-Mio-Kredit nach zweimaligem Ausmehren knapp gutgeheissen. Diesem Entscheid vorausgegangen waren drei Wortmeldungen von Bürgern, zwei dagegen, eine dafür. Bei eher durchschnittlichem Besuch der Landsgemeinde wurden sämtliche vorgelegten Sachgeschäfte gutgeheissen. In ihren Ämtern bestätigt wurden auch alle bisherigen Behördemitglieder.

Kühles, aber dafür trockenes Wetter bildete den Rahmen für die diesjährige Landsgemeinde in Appenzell. Der Zuschaueraufmarsch rund um den Ring war angesichts der unsicheren und nicht gerade freundlichen Witterung recht gut — auch wenn die Landsgemeinde klar im Schatten jener der Ausserrhoder stand.

Nachricht aus Hundwil als Lauffeuer

Wie stark der Ausgang der Ausserrhoder Landsgemeinde auch in Innerrhoden interessierte, zeigt sich darin, dass die erst knapp vor zwölf Uhr erfolgte Zustimmung der Ausserrhoder in Hundwil zur Einführung des Frauenstimmrechtes sich im anderen Halbkanton wie ein Lauffeuer verbreitete.

Schlag zwölf Uhr begann die diesjährige Landsgemeinde mit dem Aufmarsch der Behördemitglieder und Gäste, angeführt vom Regierungsrat des Kantons Glarus, vom Rathaus auf den Landsgemeindeplatz. In seinem Eröffnungsreferat tönte der regierende Landammann verschiedene aktuelle und künftige Probleme des Kantons an, die es zu lösen gilt; seien es die wirtschaftliche Situation des Kantons, Entwicklungen in der Landwirtschaft, im Tourismus, etc. oder die anstehenden administrativen Aufgaben (vgl. Kasten auf Seite 2 mit dem Wortlaut der Eröffnungsrede von Landammann Carlo Schmid). Verhaltenes Gelächter erntete die Begrüssung der beiden Kommandanten der «Appenzeller» Truppen als «stets gerngesehene Gäste . . .».



Immer wieder ein farbenprächtiges Bild bieten die Rhodsfähnriche und Junker *(Fotos: Emil Zeller)*

Bestätigungswahlen mit «Zwischenfall»

Ohne Wortmeldungen wurde in der Folge von den Ausführungen des Landammanns zu den Rechnungen des Kantons und des Innern Landes Kenntnis genommen, so dass mit den Bestätigungswahlen der bisherigen Standeskommissions- und Kantonsgerichtsmitglieder fortgefahren werden konnte. Zu einem «Zwischenfall» kam es lediglich bei der Wiederwahl des Kantonsgerichtspräsidenten Emil Ulmann, der sich einem Gegenvorschlag zu stellen hatte. Ebenso wie alle bisherigen Amtsträger wurde auch Ulmann in seinem Amt bestätigt; auf den Gegenkandidaten, Kantonsrichter Ferdi Bischofberger, Schlatt, entfielen nur vereinzelte Stimmen.

Unbestrittene Sachvorlagen

Nach den Bestätigungswahlen war die Reihe an den insgesamt sechs Sachgeschäften, über die es zu beschliessen galt. Erwartungsgemässs klar und oppositionslos wurde den drei neuen Gesetzen, dem Jagdgesetz, dem Handels- und Gewerbepolizeigesetz und dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, zugestimmt. In seinen einführenden Worten zu diesen drei Geschäften hatte Carlo Schmid jeweils auf die Gründe für diese Vorlagen und deren wesentlichste Inhalte hingewiesen.

Diese drei Vorlagen wurden sehr deutlich bei nur sehr wenigen Gegenstimmen gutgeheissen.

Kinderzulagen- und Baugesetz

Grössere Nein-Anteile vereinigten sodann die beiden anstehenden Gesetzesrevisionen auf sich, nämlich die Änderung des Kinderzulagen-Gesetzes und die Einführung von Sportzonen im Baugesetz. Gegen beide Vorlagen waren in den letzten Tagen gewisse Zweifel laut geworden.

Bei der Revision des Kinderzulagengesetzes verwies der Landammann darauf, dass die Situation der Familienausgleichskasse eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge durchaus verkraften könnte. Eine flexiblere Gestaltung der Arbeitgeber-Beitragsleistungen sei wünschenswerter als eine Lockerung des «Beitragszwangs» für die Arbeitgeber, die etwa in Verbandskassen teilweise deutlich «besser wegkämen«. Es bestünde auch keine Gefahr einer «Aushöhlung» der Familienausgleichskasse, zerstreute er Bedenken

Fortsetzung auf Seite 2

Mit dem Volk politisieren

Landammann Carlo Schmid machte es in seiner Eröffnungsansprache zur Landsgemeinde deutlich: die nächsten Jahre bringen eine Fülle von Aufgaben für unser kleines Ländchen. Er sprach von vermehrter Wirtschaftsförderung, von bestehenden Forderungen im kulturellen, im Freizeit- und Tourismusbereich und erwähnte Museum, Bibliothek, verbesserter TV-Empfang und Infrastruktur für Seminar- und Schulungstourismus. Er sprach ebenso Probleme an betreffend Landwirtschaft und Bodenmarkt. Und ob den vielfältigen Aufgaben machte er das Zugeständnis, auch unter dem Jahr einen laufenden Dialog mit dem Landvolk pflegen zu wollen. Über die Planungen und weiteren Ziele soll «vermehrt und gründlich orientiert» werden.

Das hat sich an einer Landsgemeinde gut angehört, nur muss jetzt auch der Tatbeweis folgen. Gerade im Geschäft über den Werkhof Bleiche musste ja die Standeskommission seitens des Redners des Gewerbeverbandes die Kritik entgegennehmen, dass man zuwenig wisse über die Appio-Studie (Appenzellisches Informations-, Organisations- und Raumkonzept) und somit nichts über sich daraus aufdrängende Schritte betreffs Räumlichkeiten der Verwaltung. Und gerade da blieb dem Landsgemeindemann nur das Glauben an das Wort des Landammanns, dass Appio und Werkhof Bleiche keine Zusammenhänge hätten. Wir zweifeln keinen Moment am Landammann-Wort, nur könnte es doch sein, dass ein Bürger auch andere Schlüsse aus dieser nun bei jeder Gelegenheit immer wieder erwähnten Appio zieht, als es dies die Standeskommission getan hat. Und so bleibt die Frage weiterhin bestehen: warum gibt man diese Studie nicht heraus auch in die Hände der politisch tätigen Organisationen? Die Mitsprache des Volkes ist doch schon von Bedeutung bei der Auswertung des Appio-Berichtes und nicht erst beim Ja- oder Neinsagen zu den seitens der Standeskommission aufgelegten Konsequenzen.

Landammann Schmid hat es gesagt, die vielfältigen Aufgaben machten einen laufenden Dialog «erforderlich». Die politische Landschaft in Innerrhoden ist nach unserer Meinung heute bereit, diesen Dialog aufzunehmen, es muss aber ein ehrlich gemeinter Dialog sein, ein Dialog, der auch Widerspruch verträgt. So kann das kleine Innerrhoden die vom Landamman aufgezeigte Aufgabenfülle getrost angehen. In guter Zusammenarbeit von Volk und Behörden sind grosse Lasten zu meistern. Und wer weiss, bald werden auch in Innerrhoden zudem die Frauen mittragen. Es war ein schöner Landsgemeindesonntag.

Walter Koller



Aufmarsch der Standeskommission zum Landsgemeindeplatz.

Ausserrhoden führt Frauenstimmrecht ein

(AP) Historische Stunde im Kanton Appenzell Ausserrhoden: Mit knappem Mehr entschieden sich die bisher allein stimmberechtigten Männer am Sonntag in Hundwil, den Frauen auf kantonaler Ebene das Stimm- und Wahlrecht zu erteilen. Zugleich wurde beschlossen, bis 1993 über Abschaffung oder Beibehaltung der Landsgemeinde zu entscheiden. Damit sind die Frauen nur noch in Innerrhoden auf kantonaler Ebene vom Stimmrecht ausgeschlossen.

Die rund 5000 bei kühler Witterung und bedecktem Himmel zur Landsgemeinde anmarschierten Ausserrhoder Männer schlossen mit dem Ja zu einer Landsgemeinde mit Frauen einen emotional geführten Abstimmungskampf ab. Nach vier vergeblichen Anläufen in den Jahren 1972, 1976, 1979 und 1984 wird damit die politische Gleichberechtigung im protestantischen Halbkanton verwirklicht. In Gemeindeangelegenheiten sind die Ausserrhoderinnen bereits seit 1972 stimmberechtigt. Im benachbarten katholischen Innerrhoden sind die Frauen weder in kantonalen noch in kommunalen Angelegenheiten stimmberechtigt.

Landammann Hans Ueli Hohl hatte die Stimmenden zu Beginn der Landsgemeinde im Namen der Regierung und des Parlaments zu einem Ja zur Doppelvorlage über das Frauenstimmrecht und die Zukunft der Landgemeinde aufgerufen.

Entscheid bis zu letzt ungewiss

Noch zu Beginn der Landsgemeinde deutete vieles darauf hin, als ob die Skeptiker in Sachen Frauenstimmrecht Oberhand behalten sollten. So musste Vizelandammann Hans Höhener bei der Bestätigungswahl auffallend viele Gegenstimmen hinnehmen. Er hatte seit Wochen landauf landab für die Frauenstimmrechtsvorlage geworben und den Standpunkt von Regierung und Parlamentsmehrheit bei zahllosen Veranstaltungen und Versammlungen engagiert vertreten. Selbst beim Ausmehren über das Frauenstimmrecht, das von einigen Zwischenrufen und Pfiffen begleitet war, schien der Ausgang höchst ungewiss. Landammann Hohl verkündete aber um 11.50 Uhr nach kurzer Konsultation seiner Regierungskollegen, dass die Mehrheit für das Frauenstimmrecht die Hand erhoben habe. Ähnlich knapp war auch der Entscheid über die damit verknüpfte Landsgemeindefrage.

Für die Ausserrhoder Frauen bedeutet der Entscheid, dass sie bereits am 4. Juni an den Wahlen ins Kantonsparlament teilnehmen können.

Bundesdiktat abgewendet?

Für den Fall eines erneuten Neins zur Gleichberechtigung der Frauen in Ausserrhoden hätte ein Bundesdiktat gedroht. So waren parlamentarische Vorstösse in Vorbereitung, die sich gegen Absatz 4 von Arikel 74 der Bundesverfassung gerichtet hätten. Darin wird den Kantonen die Regelung des Wahl- und Stimmrechts auf kantonaler Ebene überlassen. Auch rechtliche Schritte bis vors Bundesgericht zur Durchsetzung des Gleichberechtigungsartikels in der Bundesverfassung waren in Vorbereitung.

Lesen Sie mehr auf Seite 3 der heutigen Ausgabe.

Ostschweiz

Ausserrhoder führen an emotiongeladener Landsgemeinde das Frauenstimm- und -wahlrecht ein – 20jährige «Wartezeit» eher überraschend zu End

«Jetzt kann ich meiner Frau wieder in die Augen sehen»

GREGOR SALADIN (AP)

«Jetzt kann ich meiner Frau wieder in die Augen sehen.» Mit diesen Worten hat am Sonntag ein Appenzeller den Landsgemeindeplatz von Hundwil verlassen, nachdem die Ausserrhoder Landsgemeinde das Frauenstimmrecht auf kantonaler Ebene eingeführt hat. Während bei den Befürwortern der Vorlage Zufriedenheit herrschte und der grösste Teil der Zuschauer Erleichterung zeigte, erhoben die Gegner des Frauenstimmrechts den Vorwurf, die Regierung habe angesichts der knappen Mehrheit das Ergebnis manipuliert.

Zum fünftenmal hatten die mehrheitlich protestantischen Ausserrhoder darüber zu befinden, ob sie den Frauen die Mitsprache in den Belangen des rund 46 000 Einwohner zählenden Ostschweizer Halbkantons einräumen wollen. Vier Anläufe waren in den letzten knapp 20 Jahren gescheitert, doch wurde 1972 das Frauenstimmrecht auf Gemeindeebene gewährt.

Noch nie hatte die Landsgemeinde im 1 000-Seelen-Dorf Hundwil in- und ausserhalb des Kantons ein so grosses Interesse auf sich vereinen können. Zahlreiche Fernsehteams auch aus dem Ausland beobachteten genau den Verlauf der unter grauem Himmel und bei kaltem Wetter abgehaltenen Versammlung, die vor der verschneiten Kulisse der Hundwilerhöhi stattfand.

Knappes Resultat

Die Spannung im Ring von Hundwil stieg deutlich an, als Landammann Hans Ueli Hohl nach Abwicklung der Wahlgeschäfte die Abstimmung über die Landsgemeindevorlage ankündigte. Als schlechtes Omen hatten viele Zuschauer gewertet, dass Regierungsrat Hans Höhener bei der Bestätigungswahl zahlreiche Gegenstimmen hinnehmen musste. Er galt als einer der engagiertesten Verfechter des Frauenstimmrechts. Bei der wohl wichtigsten Abstimmung in Ausserrhoden für lange Zeit schnellten — jeweils begleitet vom Ruf «abä» (hinunter mit den Händen) — etwa ebensoviele zustimmende Hände in die Luft wie kurz darauf ablehnende. Hohl verkündete aber schon nach dem ersten Anlauf, das Frauenstimmrecht sei eingeführt.

Sogleich wurde von seiten der unterlegenen Gegner Zweifel an der Richtigkeit des Ergebnisses laut, manche sprachen offen von Manipulation, und eine ganze Anzahl erzürnter Männer verliess den Ring. Aufgrund des Drucks von aussen habe nicht mehr frei und fair abgestimmt werden können, sagte eine Frau, die sich selbst als Stimmrechtsgegnerin bezeichnete. «Schade für die Landsgemeinde», fügte sie an, weil sie um deren Weiterbestehen fürchtete. Es geht vieles kaputt», sagte eine 60jährige, die ebenfalls von der Vorlage nicht überzeugt war. Und ein junger Mann sagte trocken: «D Wiiber send scho recht: däheem!».

«Ich mache keinen Schritt mehr»

Viele der rund 5 000 Landsgemeindeteilnehmer hatten sich die Mahnung von Landammann Hohl zu Herzen genommen, die Ausserrhoder müssten auch nach dieser Abstimmung weiter zusammenleben. «Wir kommen alle wieder nächstes Jahr», meinte einer der Beteiligten darum. Ein bärtiger Bauer erwiderte ihm dagegen: «Ich mache keinen Schritt mehr». Viele Landsgemeindeteilnehmer kommen traditionellerweise zu Fuss über das Hügelland, um ihre Rechte auszuüben. Praktisch gleich knapp wurde die zweite umstrittene Vorlage angenommen. Sie führt eine Übergangsbestimmung in die Kantonsverfassung ein, wonach die Landsgemeinde bis in spätestens vier Jahren darüber abstimmt, ob diese Form der direkten Demokratie beibehalten wird, oder ob in Appenzell-Ausserrhoden wie bisher in 21 von 26 Kantonen an der Urne abgestimmt wird. Viele Unterlegene verkündeten bereits, sie würden dannzumal aus Trotz für eine Abschaffung stimmen.

Offene Frage des Stimmausweises

Mit der Beteiligung der Frauen stellt sich auch die Frage des Stimmausweises neu. Die Ausserrhoder Männer, die sich in den Jahren mit gerader Endzahl in Trogen und bei ungerader Endzahl in Hundwil versammeln, haben als Stimmrechtsausweis nämlich ein Seitengewehr (Degen oder Bajonett) mitzubringen. Wie sich die Frauen ausweisen werden, ist noch offen. Im Gegensatz zu den Innerrhodern ist es den Ausserrhodern verwehrt «auf den Stuhl (Holzpodium der Regierung) zu steigen» und sich im Ring zu einer Vorlage zu äussern. Die seit Jahrzehnten unveränderte Form in ihrer Feierlichkeit, zu der auch das gottesfürchtige Landsgemeindelied gehört, machte es denn auch vielen Männern schwer, einer so gravierenden Änderung wie der Frauenbeteiligung zuzustimmen.

Die Landsgemeinde ist als Institution seit dem Spätmittelalter bekannt und wurde 1732 zum erstenmal protokolliert. Während sich in früheren Zeiten die Formen der Versammlung öfters änderten und beispielsweise das Stimmrechtsalter zwischen 14 und 20 Jahren schwankte, besteht die heutige Form seit dem Ersten Weltkrieg unverändert.

Emotionsgeladener Abstimmungskampf

Mit der Gewährung des Frauenstimmrechts wurde ein Abstimmungskampf abgeschlossen, in dem vor allem von seiten der Gegner des Frauenstimmrechts mit harten Bandagen gefochten worden war. «Wir dulden keinen Drohfinger!», hiess es in Inseraten als Antwort auf eine mögliches Eingreifen des Bundes zur Durchsetzung des Frauenstimmrechts. Die Landsgemeinde dürfe durch die Platzfrage nicht einfach gefährdet werden, wurde weiter argumentiert und die Aufforderung erlassen «trotz vermeintlicher Weltuntergangsstimmung» für ein Nein einzustehen. Übel stiess vielen Appenzellern eine Anzeige auf, in der angebliche «Besorgte Appenzellerinnen» die Landsgemeinde mit der Armeeabschaffungs-Initiative verbanden: «Gibt uns endlich unser Frauenstimmrecht - oder wir stimmen gegen Eure Armee!», hiess es im Inserat in der Appenzeller Zeitung». Die Befürworter der Vorlage waren sich einig, dass der Text von anonymen Frauenstimmrechtsgegnern stammen musste, die damit auf dem absoluten Tiefpunkt angelangt seien. Dagegen mutet die gereimte Aufforderung, Nein zu stimmen, die als Leserbrief erscheinen war, harmlos. Darin hatte ein Hundwiler als Schlussargument gereimt: «Ond beglückwünsche dört me die Appenzellerfraue/wo de Manne no so vorbildlich tönd vertraue.»

Versöhnlicher Ausklang

Am Schluss überwogen aber die Gemeinsamkeiten: Trotz schneidender Kälte und einzelner Regentropfen fanden sich die Landsgemeindemänner und ihre Frauen zusammen mit den Zuschauern in den Wirtschaften oder an den davor aufgestellten Tischen zu einem Umtrunk zusammen. In den Diskussionen waren zwar häufig die altbekannten Argumente zu hören, doch wurde der Disput langsam versöhnlicher. Am Nachmittag drangen sogar die ersten Sonnenstrahlen durch den bisher dichtverhüllten Himmel. Nur vereinzelt war noch die Wut der Unterlegenen zu spüren, wenn etwa die Drohung erklang, den Degen in das Hundwilertobel zu schmeissen.

Deutliches Ja zum «Frühfranz»

(spk) Mit 53:18 Stimmen hat sich die SP das Kantons St.Gallen gegen die Initiative «Für eine Primarschule ohne Fremdsprachenunterricht» ausgesprochen und damit ein klares Votum für das Frühfranzösisch abgegeben, über das am 4. Juni abgestimmt wird. Bei vereinzelten Gegenstimmen wurden die Ja-Parolen zum Stimmrecht 18 und zum kirchlichen Ausländerstimmrecht herausgegeben.

Der Parteitag fasste traditionsgemäss keine Parole zur Kleinbauern-Initiative. Man übernimmt die Ja-Parole der Mutterpartei. Von dieser Praxis soll auch bei der Armee-Abschaffungs-Initiative nicht abgewichen werden, betonte Parteipräsident Arnold Ruppaner. Man habe das Thema aber in Geschäftsleitung und Parteivorstand kontradiktorisch ausgiebig, in offener und demokratischer Art besprochen. Die Diskussionen sollen nun vor dem Parteitag der SPS vom 3. Juni in den Bezirken und Sektionen weitergehen.

Neue Fischtreppen im Rheintal

Bei den drei Kraftwerk-Anlagen Lienz, Blatten und Montlingen im Rheintaler Binnenkanal sollen neue Fischtreppen angebracht werden. Die Kosten von 600 000 Franken werden von den St.Gallisch-Appenzellischen Kraftwerken (SAK) getragen, wie die Staatskanzlei am Donnerstag schreibt. Die Anlage dient vor allem der Erhaltung von gefährdeten Fischarten, denen es ermöglicht wird, zur Laichablage ungehindert auch in gestaute Gewässer aufzusteigen. Die bisherigen Fischtreppen wurden von den Fischen gemieden.

Leitbild der Stadt St.Gallen soll neu erarbeitet werden

Probleme akzentuierter

HANSPETER STREBEL (SPK)

Der St.Galler Stadtrat will das aus dem Jahre 1979 stammende Leitbild für die Gallusstadt völlig neu erarbeiten. Eine blosse Modifikation und Ergänzung — wie sie ursprünglich geplant war — genüge nicht. Verschiedene Probleme wie Bevölkerungsrückgang, Individualverkehr und Flächenbedarf stellten sich akzentuierter als angenommen.

Dies stellt der Stadtrat am Samstag in einem dem Grossen Gemeinderat zugeleiteten, umfangreichen Bericht fest. Er schildert die Ausgangslage in den verschiedenen Bereichen und listet die Gründe auf, weshalb eine Teilrevision keinen Sinn mache. Das Leitbild von 1979 soll bis zur Neubearbeitung weiterhin wegleitend bleiben.

Ausgangslage verschlechtert

Der Stadtrat kommt in seiner Botschaft zwar zum Schluss, dass die 1979 erkannten Problemschwerpunkte der Stadtentwicklung tendenziell heute noch gelten. Indessen zeigt sich, dass sie sich noch akzentuierter stellen als angenommen. So ist insbesondere zu erwarten, dass der Bevölkerungsrückgang stärker ausfallen, das Verkehrsvolumen — vor allem im Individualverkehr — höher sein wird, und das Fassungsvermögen des Siedlungsgebietes für den zunehmenden Flächenbedarf der Bevölkerung nicht mehr genügt. Insofern habe sich die Ausgangslage und die Möglichkeiten, einer unerwünschten Trendentwicklung, verschlechtert.

Unerfüllbarer Grundsatz

Die Grundüberlegung des geltenden Leitbildes bestand darin, dass durch eine Erhöhung der Einwohnerzahl bei gleichzeitig prosperierender Wirtschaftsentwicklung das Verkehrsaufkommen tief gehalten und die finanzielle Basis des städtischen Haushaltes sichergestellt werden soll. Dies führte zum planerischen Grundsatz, dass jeder, der in der Stadt arbeitet, die Möglichkeit haben sollte, auch dort zu wohnen. Ohne beachtliche Vergrösserung des Siedlungsgebietes sei dies aber aufgrund des heute erkennbaren Trends ein unerfüllbares Postulat, räumt der Stadtrat ein.

Weiterhin Abwanderung

Gesamthaft gesehen muss aufgrund der neuesten Daten in der Stadt St.Gallen zumindest bis in die Mitte der 90er Jahre mit einer Nettoabwanderung der Bevölkerung gerechnet werden. Im geltenden Leitbild hatte man noch angenommen, dass es gelänge, diese Entwicklung zu stoppen. Diese Annahme sei zu optimistisch gewesen, räumt der Stadtrat ein.

Heute geht man davon aus, dass die Stadtbevölkerung bis zur Jahrtausendwende auf unter 67 000 Einwohner, Wochenaufenthalter miteingerechnet, sinken wird. Die Zielsetzung des 1979 in Kraft gesetzten Leitbildes war von 90 000 Stadtbewohnern ausgegangen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird bis zum Jahr 2000 auf rund 30 000 geschätzt, die Zahl der Haushalte auf 37 000.

NEU VON SUBARU:

Justy 4WD mit Computer im Getriebe.



Weltneuheit: Computergesteuertes stufenloses ECVT-Supermatic-Getriebe mit 4WD. 1200 ccm, 67 PS, Mehrventiltechnologie, 3 oder 5 Türen.

SUBARU 4WD

Auf zur Probefahrt!

9054 Haslen
Tel. 071/33 22 79
Off. SUBARU-Vertretung
Mechanische Reparatur-Werkstätte
An- und Verkauf sämtlicher Marken

WIR DANKEN HERZLICH

für die grosse Anteilnahme, die wir beim Heimgang unserer lieben Schwester, Schwägerin, Gotte und Tante

Mina Brülisauer
(früher Grueb)

erfahren durften.

Besonders danken wir Herrn Pfarrer Breitenmoser für die tröstenden Abschiedsworte.

Wir danken den Herren Ärzten Dr. Kara und Dr. Gmür sowie dem Personal des Krankenhauses für die liebevolle Betreuung.

Wir danken allen, die sie während des Spitalaufenthaltes besucht haben.

Wir danken für die Kranz- und Blumenspenden, für die vielen hl. Messen und Messbundkarten sowie Geldspenden für späteren Grabschmuck und wohltätige Institutionen.

Wir danken für das Gebet in der Kirche, das grosse Grabgeleit und allen, die Mina in ihrem Leben Gutes getan haben.

Gonten, im Mai 1989

Die Trauerfamilien

+

Gott der Herr hat unsere liebe, herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Tina Egloff-Fuster
Tübli Albertina

zu sich in die ewige Heimat geholt. Sie starb ganz unerwartet, infolge Herzversagen, im 69. Altersjahr.
Ihr Leben war Liebe und treue Pflichterfüllung.

Rheineck, 28. April 1989

In stiller Trauer:
Kinder, Grosskinder
Geschwister und Anverwandte

Die Abdankung findet am Dienstag, 2. Mai 1989, um 9.45 Uhr, auf dem Friedhof Rheineck statt. Anschliessend Trauergottesdienst.

Die Urnenbeisetzung findet im engsten Familienkreise statt.

Kondolenzadresse: Erika Anhorn-Egloff, Gartenstrasse, 9425 Thal.